

INFORMATIONSDIENST

IÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

10 Thesen des IÖW zur Umweltpolitik im Spannungsfeld deutsch-deutscher Einigungsbestrebungen

1. Die Revolution und die Öffnung der DDR bringen neue Chancen und Möglichkeiten, aber auch eine ganze Reihe von Risiken für die Umweltpolitik in Ost und West mit sich. Erstens werden damit Möglichkeiten eröffnet, Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. Zweitens besteht die Chance, die Schwächen eines hauptsächlich technologisch orientierten „nach-sorgenden“ Umweltschutzes zu vermeiden. Dennoch dürfen die Gefahren nicht übersehen werden, die von einer einseitigen Anpassung an bundesdeutsche Verhältnisse ausgehen.

2. Durch die Beschleunigung der deutsch-deutschen Annäherung, die Aufgabe des Ziels eines eigenständigen Entwicklungsweges und die einseitige Betonung der ökonomischen Dimensionen droht die Umweltpolitik auf der Strecke zu bleiben. Unter dem Eindruck einer hohen und weiter ansteigenden Wanderungsbewegung von Ost nach West sind die Begriffe „Marktwirtschaft“ und „(Wieder-)Vereinigung“ ins Zentrum aller politischen Strategien gerückt. Angesichts der massiven ökonomischen Schwierigkeiten einer beschleunigten Anpassung der DDR an das bundesdeutsche Wirtschafts- und Währungssystem besteht die akute Gefahr, daß der Umweltschutz als Problem zweiter Ordnung behandelt wird.

3. Wenn das bundesdeutsche Modell als Bezugspunkt für den ökonomischen und sozialen Umbau der DDR dienen soll, dann muß der sozial- und umweltpolitische Standard als untrennbarer Bestandteil desselben berücksichtigt werden. Der Funktionsmechanismus eines jeden marktwirtschaftlichen Systems unterstellt einen staatlich-ordnungspolitischen Rahmen. Umweltqualitätsziele können nicht durch den Markt festgelegt, sondern sie müssen politisch (und die Erfahrung zeigt: demokratisch) festgelegt werden.

4. Eine lebenswerte Umwelt ist eine wesentliche Dimension besserer Lebensqualität. Solange – zum Beispiel – die durchschnittliche Lebens-

erwartung aufgrund der Umweltbelastung in der Umgebung von Bitterfeld um 6 Jahre unter dem Durchschnitt liegt, ist dies ein mindestens so starkes Argument für ein Verlassen der DDR wie bestehende Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West. Die Aktivitäten der Umweltschutzgruppen beweisen, daß auch in der DDR die ökologische Dimension als unabdingbarer Bestandteil einer besseren Lebensqualität angesehen wird.

5. Eine übereilte, eingleisige Strategie der Marktöffnung droht die umweltpolitischen Möglichkeiten zunichtezumachen. Kaum war die Mauer gefallen, meldete sich die Lobby zu Wort: Die positive Investitionsneigung westlicher Unternehmen dürfe durch soziale und ökologische Auflagen nicht gebrochen werden. Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß die DDR zu einem Industriestandort, wo sich arbeitsintensive, technologisch wenig anspruchsvolle und umweltpolitisch bedenkliche Produktion ergänzen, ausgebaut werden soll. Dabei besteht die akute Gefahr, daß das Arbeitsplatzargument erneut gegen den Umweltschutz mobilisiert wird.

6. Die einseitige ökonomische Ausrichtung der deutsch-deutschen Diskussion droht den erreichten Stand der Umweltpolitik in der Bundesrepublik zu gefährden. Seit Jahren werden bundesdeutsche Standards dadurch unterlaufen, daß das Territorium der DDR als billige Mülldeponie benutzt wird. Und schon wenige Monate nach der Öffnung der Grenzen liegen neue Vorschläge auf dem Tisch: Atomkraftwerke, Flughäfen u.a.m., deren Bau sich in der Bundesrepublik und West-Berlin nicht mehr durchsetzen läßt, sollen in der DDR erstellt werden. Weniger strenge Umweltnormen und –grenzwerte in der DDR würden nicht nur die Möglichkeiten, in der BRD einen höheren Standard durchzusetzen, unterlaufen. Umgekehrt besteht die Gefahr, daß bestehende Standards ausgehöhlt werden.

7. Für eine Umweltsanierung in der DDR sind

Fortsetzung Seite 2

☉ Sind die Industriesysteme ökologisch reformierbar? 0?

VÖW-Jahrestagung in Berlin ±?
Ost + West und
15. – 17. Juni 1990

Mit den dramatischen Entwicklungen in der DDR und den anderen ehemaligen Ostblockländern sind vielfältige Hoffnungen verbunden – nicht zuletzt auch darauf, daß eine ökologischere Wirtschaftsweise das Resultat einer grundlegenden Reform des bestehenden Wirtschaftssystems sein werde. Wie, mit welchen Konzepten und Mitteln das geschehen kann, liegt noch weitgehend im Dunkeln. Dennoch ist bereits einiges an Kooperation in Gang gekommen. Im März findet die Gründungsveranstaltung des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) statt. Der Bedarf an einem gegenseitigen Austausch über die grenzüberschreitenden Umweltprobleme und mögliche Lösungskonzepte ist groß.

In dieser Situation hat sich der Vorstand der VÖW entschlossen, das Thema für die nächste Jahrestagung (wie es im Informationsdienst 4/89 angekündigt war) zu verändern und den Versuch zu unternehmen, auf die neue Lage angemessen zu reagieren. Das neue Thema lautet: „Sind die Industriesysteme ökologisch reformierbar? – Ökologische Wirtschaftsforschung in der DDR und der Bundesrepublik“. Die Tagung, sie findet sowohl in Ost-Berlin wie auch in West-Berlin statt, soll vor allem zu einem Treffen zwischen ökologisch orientierten Wirtschaftsforschern aus Ost und West werden, bei dem Kontakte zu einer weiteren Kooperation auf einzelnen Arbeitsfeldern geknüpft werden können. Die Tagung wird deshalb am Freitagnachmittag mit einer ausführlichen persönlichen Begegnung beginnen, an die sich grundsätzlich orientierte Einleitungsreferate von beiden Seiten und eine Diskussion anschließen. Der Samstag ist ganztägig Arbeitsgruppen vorbehalten: Ökologischer Stadtbau, Ökologischer Umbau von Bran-

Fortsetzung Seite 2

*Konjunktionsstärke und bei Fakten. Wenn etwas ironisch gemeint ist, dann ist das meist auch
 IÖW/VÖW dem Leser klar, Konjunktionszeichen meinen dann, der Leser sei gut darüber informiert!
 die Ironie für verstehen, also müsse man ihn darauf stoßen. Nicht schön für den Leser!*

Fortsetzung von Seite 1

schnelle Schritte notwendig, um einem exponentiellen Wachstum der Sanierungskosten zuvorzukommen. Die DDR steht heute an einer Wegscheide. Wie mehrere Untersuchungen zeigen, sind die ökologischen und sozialen Folgekosten in den letzten Jahren in vielen Bereichen schon höher gewesen als die positiven Wachstumsgewinne. Durch eine frühzeitige Weichenstellung in Richtung einer Strategie des „strukturpolitischen Umweltschutzes“ könnten immense Kosten eingespart werden. Schon allein die makroökonomische Rationalität verbietet es, der Umweltpolitik lediglich die Rolle einer Feuerwehr zukommen zu lassen.

8. Der Energiesektor ist ein erster Bereich, in dem der „strukturpolitische Umweltschutz“ ansetzen kann. Die existierenden Braunkohlekraftwerke müssen – soweit nicht stillgelegt – schnellstmöglich mit Rauchgasreinigungs- und -entswefelungsanlagen ausgerüstet werden. Atomenergie ist keine Alternative: Schon allein aufgrund des katastrophalen Zustandes, in dem sich die DDR-Atomkraftwerke befinden, wird der Anteil des Atomstroms umgehend zurückgefahren werden müssen. Und erste Berechnungen zeigen, daß die konsequente Nutzung der Energie-sparpotentiale Atomstrom überflüssig machen würde. Die Frage der Sanierung des Energiesektors verweist direkt auf die Notwendigkeit der Restrukturierung der DDR-Ökonomie in ihrer Gesamtheit: Der weit überproportionale Anteil extrem energieintensiver Industrien, wie z.B. Aluminiumproduktion, chemische Grundstoff-, Ziegel-, Zementindustrien, muß eingeschränkt werden.

9. Die Deponierung und Entsorgung bundesdeutschen Mülls in der DDR ist schnellstmöglich einzustellen. Die Exporte bedeuten eine erhebliche Umweltbelastung, da die Abfälle auf z.T. nur ungenügend gesicherten Deponien, die von dem bundesdeutschen Standard weit entfernt sind, abgeladen werden. Die zunehmenden Proteste der Bevölkerung sind ein klarer Ausdruck des wachsenden Widerstandes gegenüber der bisherigen Abfallpolitik in der DDR. Aber auch für die Bundesrepublik sind die umweltpolitischen Konsequenzen eher negativ: Die billigen Entsorgungsmöglichkeiten verhindern die Realisierung möglicher Abfallvermeidungs- und Wiederverwertungstechnologien.

10. Gebraucht wird ein ökonomisches, soziales und umweltpolitisches Sofortprogramm, das eine Antwort auf die unmittelbaren Herausforderungen darstellt und gleichzeitig den Umbau in Richtung einer ökologisch verträglichen Entwicklung einleitet. Die DDR benötigt dafür finanzielle Mittel in einer Größenordnung, die nicht allein von der Bundesrepublik aufgebracht werden können. Ein solches Sofortprogramm unterstellt inhaltlich wie finanziell einen gesamteuropäischen Rahmen, was darauf verweist, daß der Transformationsprozeß in der DDR als Teil einer umfassenden Restrukturierung des „Europäischen Hauses“ zu betrachten ist.

Fortsetzung von Seite 1

chen und Regionen, Ökologischer Umbau in Unternehmen und Betrieben, Ökologischer Umbau der Wirtschaftssysteme, Ökologischer Umbau der ökonomischen Wissenschaft. Die Tagung wird am Sonntag mit einer Dampferfahrt über den Müggelsee abgeschlossen werden, auf der die Kontakte der Arbeitsgruppen vertieft werden sollten und ein weiterer Austausch über die zukünftige Kooperation in der ökologischen Wirtschaftsforschung stattfinden sollte. Die Jahrestagung wird nach der bisherigen Planung in deutsch-deutscher Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (ZIW) und dem wissenschaftlichen Rat für Grundlagen der Umweltgestaltung stattfinden. Der Sinn einer solchen Tagung kann es nicht sein, bereits fertige Ergebnisse zu liefern. Es ist bereits viel gewonnen, wenn gemeinsame Fra-

gestellungen und Forschungsinteressen abgeklärt werden. Deshalb sollen die Arbeitsgruppen jeweils von Vertretern beider Seiten vorbereitet und eingeleitet werden. Damit dies gelingt, ist es erforderlich, das gesamte Potential an schon vorhandenen Kontakten oder an Kenntnissen über mögliche Interessen, das in der VÖW-Mitgliedschaft vorhanden ist, einzubringen. Der Vorstand alleine wäre mit solch einer Aufgabe überfordert. Deshalb also der dringende Appell an alle Mitglieder der VÖW: Teilt der Geschäftsstelle in Berlin (Ulrich Petschow ist der Ansprechpartner) bitte mit, wer zu diesem Tagungsprojekt in der DDR und in der BRD noch angesprochen werden sollte. Und tut dies möglichst umgehend, da die Vorbereitungszeit kurz ist. Natürlich sind auch weitere Vorschläge für Arbeitsgruppen willkommen.

Eberhard Schmidt, Bremen

Zum Stand der theoretischen „Ökonomie versus Ökologie“ – Diskussion in der DDR

Das zarte Pflänzchen „Umweltökonomie“ oder „ökologische Wirtschaftsforschung“ beginnt erst mit der Umgestaltung der Gesellschaft und davon ausgehend der Wissenschaft in der DDR ein wenig zu sprießen. Vorher war das Thema eher verpönt. Natürlich gab es Vorreiter. So haben z.B. Roos und Streibel (1979) in einer Untersuchung über die Beziehungen zwischen Mensch, Produktion und Umwelt geschrieben: „Zwischen den Veränderungen der Naturgunst und der Produktivkraftentwicklung muß offenbar ein bestimmter chronologischer Zusammenhang eingehalten werden. In gewissen Toleranzen müssen beide Prozesse synchron verlaufen, wenn die Menschheit im Kampf mit der Natur überleben will“. Allerdings war eine wirkliche kritische Behandlung der Thematik in Veröffentlichungen unmöglich. Voraussetzung war der Hinweis auf die „intensiv erweiterte Reproduktion“ als vom VIII. Parteitag der SED 1971 eröffnete Generallösung für fast alle Umweltprobleme und natürlich der Bezug auf die Marx'sche Theorie (gegen die hier nicht polemisiert werden soll). Noch 1989 wurde verkündet: „Mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Klassenantagonismen kann der Sozialismus auch den antagonistischen Charakter des Widerspruchs von Natur und Gesellschaft und damit auch von Ökonomie und Ökologie aufheben.“ (Kosing et al. 1989). In Bitterfeld, Espenhain und sonstwo kann man sich vom Grad der Aufhebung dieser Antagonismen überzeugen. Natürlich gab es auch seriöse Arbeiten. Sie endeten in Form von Studien aber meist in irgendwelchen Schreibtischen. Eine spezielle Zeitschrift für umweltökonomische Probleme gab es nicht. In der „Wirtschaftswissenschaft“, der „offiziellen“ wirtschaftstheoretischen Zeitschrift wurden

umweltökonomische Probleme kaum behandelt. So nahm die DDR an der internationalen Diskussion über das widersprüchliche Verhältnis von Ökonomie und Ökologie nicht teil. Eine gewisse Ausnahme bildeten einige Arbeiten zur ökonomischen Bewertung von Naturressourcen. In dem 1986 berufenen Rat für Grundlagen der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften gibt es eine Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Aspekte der Umweltforschung“. Deren Bemühungen waren bisher jedoch durch den gesetzten politischen Rahmen zum Scheitern verurteilt. Veröffentlichungen mußten die offizielle Wirtschaftspolitik bejahen, konnten höchstens marginal kritische Ansätze bringen (Umfassende Intensivierung... 1988). Die Geographen haben in letzter Zeit die Arbeiten zu ökologischen Wirkungen ökonomischer Aktivitäten intensiviert. Interessant ist dabei besonders ein Forschungsprojekt zu abproduktarmen Technologien und Regionen, wobei spezielle Expertensysteme entwickelt werden sollen (Strehz 1987). Ein weitgehend unbeackertes Feld ist immer noch die Umweltökonomie im strengeren Sinn, also die Untersuchung der Diskrepanzen von betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen (gesellschaftlichen) Kosten bei konkurrierender Umweltnutzung. Dies lag jedoch in erster Linie daran, daß die „offizielle“ Wirtschaftstheorie externe Effekte pekuniär überhaupt nicht erfassen konnte und die „offizielle“ Wirtschaftspolitik solche Effekte auch nicht akzeptierte („Was nicht sein darf, kann nicht sein.“). In alternativen Gruppen der Umweltbewegung, sowohl innerhalb der Kirche als auch innerhalb der staatlich gelenkten „Gesellschaft für Natur

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.